

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

- (A) schlussempfehlung ist mit den Stimmen der Regierungs- gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Unter Buchstabe b empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/12818 mit dem Titel „Arbeitsfähigkeit von Beschäftigten erhalten – Psychische Belastungen in der Arbeitswelt reduzieren“. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Regierungs- gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Weiterhin empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe c die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/11042 mit dem Titel „Psychische Belastungen in der Arbeitswelt reduzieren“. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Linken bei Enthaltung von SPD und Grünen angenommen.

Schließlich empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe d die Ablehnung des Antrags der Grünen-Fraktion auf Drucksache 17/10867 mit dem Titel „Psychische Gefährdungen mindern – Alters- und altersgerecht arbeiten“. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung von SPD und Linken angenommen.

#### Tagesordnungspunkt 46:

- (B) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Elvira Drobinski-Weiß, Sören Bartol, Willi Brase, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Vorrang für Verbraucherinteressen im Gentechnikrecht verankern

– Drucksachen 17/6479, 17/7559 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Dr. Max Lehmer  
Elvira Drobinski-Weiß  
Dr. Christel Happach-Kasan  
Dr. Kirsten Tackmann  
Harald Ebner

Wie in der Tagesordnung ausgewiesen, werden die Reden zu Protokoll genommen.

*Dr. Max Lehmer (CDU/CSU):*

*Die Gesundheit der Menschen in unserem Land steht für uns als Fraktion der CDU/CSU in jeder Hinsicht an oberster Stelle. Auch bei Verhandlungen auf EU-Ebene ist dies die entscheidende Maxime für die deutsche Position.*

*Seit 1996 werden weltweit über 1 Milliarde gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut, und bis zum heutigen Tage ist kein einziger Schadensfall weltweit bekannt.*

*Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen sehr ernst. Das gilt für die Bewertung aller modernen Technologien gleichermaßen. Der Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen steht stets unter dem Vorbehalt, dass Sicherheit, Wahlfreiheit und Transparenz auf allen Ebenen – etwa bei der Entwicklung und Zulassung – gewährleistet bleiben. Verantwortbare Potenziale der Grünen Gentechnik wollen wir aber nutzen. Die Zulassung gentechnisch veränderter Organismen soll sich daher an der wissenschaftsbasierten Abwägung zwischen Chancen und Risiken ausrichten.* (C)

*In erster Linie tragen Informationsdefizite oder absichtlich herbeigeführte Irritationen zu einer starken Verunsicherung der Bevölkerung bei. Die von den Gentechnikgegnern vorgebrachten Bedenken halten jedoch keiner wissenschaftlich fundierten Untersuchung stand.*

*Auch der Antrag der SPD-Fraktion ist in seiner Bewertung zur Grünen Gentechnik nicht schlüssig. Zum einen wird konstatiert, dass gentechnisch veränderte Organismen zugelassen werden dürften und die gesetzlichen Vorsorgemaßnahmen einem verträglichen Nebeneinander von Agrogentechnik und gentechnikfreier Bewirtschaftung dienen. Zum anderen wird davon gesprochen, dass landwirtschaftliche Gentechnik nicht kontrollierbar ist.*

*Die Forderung, auf EU-Ebene zügig eine Definition sozioökonomischer Kriterien zu schaffen und das Zulassungsverfahren zu überarbeiten, ist völlig überflüssig; denn die EU-Kommission hat in ihrem Bericht vom April 2011 über die sozioökonomischen Auswirkungen von GVO bereits vorgeschlagen, auf europäischer Ebene den wissenschaftlich fundierten Denkprozess zur Entwicklung verlässlicher und solider Faktoren bei der Erfassung von sozioökonomischen Folgen des Anbaus von GVO fortzusetzen.* (D)

*Uns ist sehr wichtig, dass sich jeder Einzelne für oder gegen den Anbau, die Erzeugung, den Konsum und die Verwendung von gentechnisch veränderten Pflanzen oder Produkten entscheiden kann. Wir wollen eine echte Wahlfreiheit für die Verbraucher und Landwirte. Um diese zu gewährleisten, müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen stimmen.*

*Für eine vollständige Transparenz brauchen wir eine Prozesskennzeichnung auf europäischer Ebene. Zum Beispiel bei Fleisch- und Wurstwaren oder auch Milch und Milchprodukten muss aus der Kennzeichnung klar hervorgehen, wenn sie unter Verwendung gentechnisch veränderter Organismen hergestellt wurden. Diese umfassende Positivkennzeichnung fordern wir bereits seit längerem und haben sie auch in unserem Regierungsprogramm 2013 bis 2017 festgeschrieben.*

*Wir haben in der EU bereits jetzt das weltweit strengste Zulassungsverfahren zur Genehmigung und Sicherheitsbewertung von GVO. Dies gilt unabhängig davon, ob die GVO zum Anbau oder zur Verwertung*

Dr. Max Lehmer

(A) *als Lebens- oder Futtermittel vorgesehen sind. Sie werden nur genehmigt, wenn sie als unbedenklich für Mensch, Tier und Umwelt und als genauso sicher wie ihre konventionellen Vergleichsprodukte eingestuft werden.*

*Die wissenschaftlichen Bewertungsverfahren führen unabhängige Experten und Wissenschaftler von der European Food Safety Authority, EFSA, durch. Darüber hinaus führen auf nationaler Ebene die zuständigen Fachbehörden, wie zum Beispiel das Bundesinstitut für Risikobewertung, BfR, oder auch die Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit, ZKBS, die wissenschaftliche Bewertung gentechnisch veränderter Organismen durch. Dieses bewährte System befürworten wir ausdrücklich.*

*Ihre in diesem Zusammenhang geäußerte Kritik der Verquickung von Mitgliedern der Zulassungsbehörde zur Industrie ist mehrfach widerlegt und haltlos. Die öffentliche Forschung ist ein entscheidender Faktor für die Sicherheitsbewertung von GVO.*

*Mehrere Studien machen deutlich und zeigen auf, dass Grüne Gentechnik alleine die globalen Herausforderungen, wie die Sicherung der Welternährung bei wachsender Weltbevölkerung und gleichzeitig rückläufiger Anbaufläche, nicht lösen kann. Jedoch kann die Grüne Gentechnik einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der genetischen Eigenschaften einer Pflanze leisten, die unter anderem auch helfen, Pflanzen unter kritischen Anbaubedingungen – Kälte, Hitze, schwierige Böden – anbauen zu können.*

(B) *Es ist bewiesen, dass der Einsatz von GVO die landwirtschaftliche Produktivität erhöht und zugleich den wirtschaftlichen Wert landwirtschaftlicher Produkte aufgrund der höheren Qualität pflanzlicher Nahrungs- und Futtermittel steigert. 117 Millionen Landwirte – vorwiegend kleiner Betriebe – nutzen bereits die Vorteile gentechnisch veränderter Pflanzen.*

*Die Zulassung gentechnisch veränderter Organismen soll sich daher an der wissenschaftsbasierten Abwägung zwischen Chancen und Risiken ausrichten.*

*Der ideologisch motivierte Versuch der Opposition, ganze Technologien in Deutschland zu verhindern, ist Gift für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir als Unionsfraktion dagegen stehen für eine wissenschaftsbasierte und technologieoffene Politik. Wir stehen für die Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.*

*Elvira Drobinski-Weiß (SPD):*

*Unser Antrag, mit dem die SPD-Fraktion die Bundesregierung auffordert, das Gentechnikgesetz im Sinne des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom November 2010 zu ändern, ist inzwischen fast genau zwei Jahre alt.*

*Als Bundesregierung haben CDU/CSU und FDP seitdem nichts unternommen. Wenn man sich anschaut, was Schwarz-Gelb im Koalitionsvertrag da-*

*mals angekündigt hatte, muss man sagen: Auch wenn ansonsten die leeren Versprechungen und die Untätigkeit dieser Bundesregierung eine enorme Belastung für Verbraucherinnen und Verbraucher war, in diesem einen Bereich, der Agro-Gentechnik, können die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland froh sein, dass die Bundesregierung untätig blieb.* (C)

*Der Koalitionsvertrag von 2009 trug eindeutig die Handschrift der Gentech-Lobby. Dass auch damals schon 80 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher gentechnisch veränderte Pflanzen auf dem Acker und im Essen ablehnten, interessierte die schwarz-gelben Koalitionäre nicht. Sogar der Anbau der Amflora-Kartoffel wurde im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Zum Glück ist nichts passiert.*

*Schaut man sich aber die ganz frischen Wahlprogramme von CDU/CSU und FDP an, dann ist doch etwas passiert: Sowohl bei der CDU/CSU als auch bei der FDP fehlen Aussagen zur Position beim Thema Gentechnik. Lediglich von der Prozesskennzeichnung ist dort die Rede.*

*Vielleicht haben CDU/CSU und FDP ja endlich verstanden, dass man den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Gentechnik nicht aufzwingen kann. Schließlich betonen gerade CDU/CSU und FDP ja auch in ihren Wahlprogrammen erneut Mündigkeit und Selbstbestimmung der Verbraucher. Oder sie haben endlich zur Kenntnis genommen, dass auch Ihre eigenen Wählerinnen und Wähler die Agro-Gentechnik mit großer Mehrheit ablehnen.* (D)

*Als wir damals unseren Antrag einbrachten, hatte das Bundesverfassungsgericht gerade in seinem Urteil vom November 2010 darauf hingewiesen, dass die Ausbreitung von gentechnisch verändertem Material, einmal in die Umwelt ausgebracht, schwer oder gar nicht begrenzt sei. Es bestätigte damit juristisch die naturwissenschaftlich begründete Unkontrollierbarkeit gentechnisch veränderter Organismen im offenen System und verwies auf die besondere Sorgfaltspflicht des Gesetzgebers, der nach Art. 20 a des Grundgesetzes den Auftrag habe, „in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen“.*

*Im September 2011 hat dann der Europäische Gerichtshof in Sachen GVO-verunreinigter Honig entschieden, dass Honig, der Spuren von nicht zu Lebensmittelzwecken zugelassenen gentechnisch veränderten Konstrukten enthält, nicht mehr verkauft werden darf. Das bestätigt: An der Nulltoleranz für nicht zugelassene GVO muss festgehalten werden – und das gilt für alle Lebensmittel.*

*Außerdem hatte der EuGH entschieden, Pollen in Honig sei wie eine Zutat zu behandeln. Damit würden im Falle der GVO-Verunreinigung die 0,9 Prozent für den Pollen selbst gelten, und Honig mit GVO-Pollen würde kennzeichnungspflichtig.*

Elvira Drobinski-Weiß

(A) *Die Bundesregierung ist untätig geblieben. Auch als die EU-Kommission einen Vorschlag vorlegte, der eine grobe Missachtung des EuGH-Urteils bedeuten und dafür sorgen würde, dass Honig, der gentechnisch veränderte Pollen enthält, ohne entsprechende Kennzeichnung bleibt, hat die Bundesregierung keine Position gegen den Kommissionsvorschlag bezogen. Dabei tritt er das Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher auf Information und Wahlfreiheit mit Füßen. Für eine Regierungskoalition, die sich stets auf den mündigen und selbstbestimmten Verbraucher beruft, ist das ein sehr schwaches Bild.*

*Wenn es in Brüssel um Zulassungsanträge ging, hat die schwarz-gelbe Bundesregierung durch Enthaltung oder Zustimmung gegläntzt und damit den Markt für neue GVOs geöffnet.*

*Ansonsten tat sie nichts – nichts zum Schutz der Imker, nichts zum Schutz der gentechnikfreien Lebensmittelwirtschaft, nichts zum Schutz, zur Information und zur Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher. So kann keine einzige unserer Forderungen aus dem SPD-Antrag „Vorrang für Verbraucherinteressen im Gentechnikrecht verankern“ aus dem Sommer vor zwei Jahren als erledigt abgehakt werden. Nach wie vor gibt es für uns alle viel zu tun:*

*Wir müssen die Nulltoleranz für nicht zugelassene GVOs verteidigen.*

(B) *Wir müssen für die Saatgutreinheit kämpfen. Das Saatgut steht am Anfang der Kette, und wenn wir kein sauberes Saatgut mehr zur Verfügung haben, dann ist die gentechnikfreie Lebensmittelproduktion nicht mehr möglich.*

*Wir brauchen endlich die Kennzeichnungspflicht für tierische Produkte, die mit GVO-Futtermitteln gewonnen wurden.*

*Wir wollen endlich eine Überarbeitung des Zulassungsverfahrens. Es muss transparent werden und sicherstellen, dass das Vorsorgeprinzip unbedingt und ohne Kompromisse gilt. Die Untersuchung der Unbedenklichkeit eines neuen GVOs für Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt muss kritischer und besser werden – auch hinsichtlich der Langzeiteffekte. Außerdem müssen endlich auch die sozialen und ökologischen Folgekosten der Einführung von GVOs bei der Zulassung berücksichtigt werden.*

*Solange diese Aspekte nicht berücksichtigt sind, darf es keine weiteren Zulassungen geben.*

*Wir brauchen eine transparente und unabhängige Forschung. Wo öffentliche Gelder in die Forschung fließen, sollten Gegenstand und Zielsetzung der Forschung transparent und im Interesse des Allgemeinwohls sein, und die Forschungsergebnisse sollten öffentlich zugänglich sein. Zudem muss es eine Kosten-Nutzen-Analyse geben, und wir wollen, dass die Verengung der Forschungsförderung auf die Gentechnik endlich aufhört. Es muss wieder mehr Geld in nicht-*

*gentechnische Ansätze fließen; denn wir sehen es doch:* (C)

*Die Agro-Gentechnik ist nicht die Lösung. Zu dieser Erkenntnis sind ja vielleicht inzwischen auch die Kolleginnen und Kollegen von der Union und von der FDP gekommen, und vielleicht fehlt deshalb das Thema Agro-Gentechnik sowohl im Wahlprogramm von CDU/CSU als auch in dem der FDP. Sie alle hier haben heute zum letzten Mal in dieser Legislaturperiode die Chance, Ihren Erkenntniszugewinn in die Tat umzusetzen und unsere Vorschläge zu unterstützen, indem Sie die Beschlussempfehlung des Ausschusses ablehnen.*

*Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):*

*Der Antrag ist ein alter Hut. Es ist der Versuch, die Grünen hinsichtlich der Ablehnung der Gentechnik zu überholen. Damit verkauft die SPD ihre eigene Seele und verabschiedet sich von einer eigenständigen Beschlussfassung beim Thema biotechnologische Züchtung.*

*Gentechnik ist Alltag. Der Fleiß, mit dem dieser Antrag erarbeitet wurde, hätte ein würdigeres Ziel verdient.*

*Selbst die Grünen haben feststellen müssen, dass ihre eigenen Mitglieder den Kampf gegen die Gentechnik als untergeordnet ansehen. Man muss ihnen zurufen: „Ihr habt Recht! Warum gegen eine Züchtungsmethode kämpfen, die sich bewährt?“*

(D) *Die Onlinepetition für unabhängige Risikoforschung im Bereich Bio- und Gentechnik, betrieben von Personen, die gezielt keine unabhängige Forschung betreiben und unterstützen, ist ebenfalls gescheitert. Wir müssen nach 17 Jahren des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen auf weltweit inzwischen über 170 Millionen Hektar Fläche feststellen, dass offensichtlich die Interessen von Landwirten und Verbraucherinnen und Verbrauchern gewahrt wurden und es damit überhaupt keinen Anlass für eine solche Petition gibt.*

*Der rot-grüne Beschluss in Niedersachsen, das Schulprojekt HannoverGen nicht fortzuführen, hat zu einem Shitstorm auf der Internetseite der Grünen geführt. Die Angst der Grünen vor der Vermittlung von konkretem Wissen zu den Methoden der Gentechnik war so groß, dass sie ein bundesweit anerkanntes Schulprojekt beendet haben. Wissen, das grüner Ideologie entgegensteht, ist offensichtlich verpönt. Nicht immer weist der gesellschaftliche Mainstream in die richtige Richtung. Astronomen wissen das aus der Geschichte: Die Erde ist keine Scheibe und dreht sich um die Sonne.*

*Wenn das Bundesverfassungsgericht Aussagen zur Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit eines Gesetzes wie des Gentechnikgesetzes macht, ist dies sein gutes Recht und seine Aufgabe. Wenn es aber außerdem über naturwissenschaftliche Tatbestände Bewertungen vornimmt, ist es in seine Schranken zu weisen. Schuster,*

Dr. Christel Happach-Kasan

- (A) *bleib bei deinen Leisten. Deswegen sind Aussagen des Bundesverfassungsgerichts zur Verbreitung von gv-Pflanzen völlig ohne Bedeutung.*

*Es ist richtig, dass bei Befragungen die Verbraucherinnen und Verbraucher der Gentechnik skeptisch gegenüberstehen. Gleichzeitig müssen die Unternehmen jedoch feststellen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht bereit sind, für ihre Sonderwünsche auch finanziell geradezustehen. Das ist bedauerlich für die Unternehmen, die auf diese Sonderwünsche gesetzt haben. Aber diese Realität müssen wir zur Kenntnis nehmen. Angesichts des Anbaus von gv-Soja auf über 80 Prozent der Anbaufläche ist das Beharren auf herkömmlich gezüchtetem Soja ein Sonderwunsch.*

*Das britische Einzelhandelsunternehmen Tesco, das drittgrößte weltweit, hat deswegen gemeinsam mit anderen in diesem Frühjahr entschieden, zur Erstellung der von Tesco vermarkteten Geflügelprodukte die Fütterung mit gv-Soja zuzulassen. Die Unternehmen nehmen mit ihrer Entscheidung zur Kenntnis, dass gv-Soja sicher und inzwischen Standard ist. Der Anteil des Anbaus von herkömmlich gezüchtetem Soja ist inzwischen weltweit auf unter 20 Prozent gesunken; er findet in einigen Ländern wie Argentinien nicht mehr statt. Herkömmlich gezüchtetes Soja wurde vom Markt gedrängt, weil weder die Chinesen als weltweit größte Sojaimporteure noch die Europäer bereit sind, die durch erhöhten Zeit- und Energieaufwand entstehenden erhöhten Kosten der Landwirte zu bezahlen. Diesen erhöhten Kosten steht für die Verbraucherinnen und Verbraucher kein Nutzen gegenüber.*

- (B) *Auch zur leidigen Diskussion über die sogenannte Nulltoleranz liefert der SPD-Antrag keine neuen Erkenntnisse. Es ist überfällig, dass die noch geltende Nulltoleranz bei Lebensmitteln und Saatgut gegenüber in der EU noch nicht zugelassenen Sorten durch einen technischen Schwellenwert ersetzt wird. Es macht doch keinen Sinn, für Gifte wie Dioxin oder Aflatoxin einen Grenzwert zu akzeptieren, bei völlig harmlosen Beimengungen von gv-Sorten aber auf der sogenannten Nulltoleranz zu bestehen. Allerdings hat hier die Bundesregierung aufgrund der Haltung der CSU die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt.*

*Das Fehurteil des EuGh, das Pollen im Honig als Zutat definierte, muss unverzüglich korrigiert werden. Die FDP unterstützt deshalb den Vorschlag der Kommission, die Honigrichtlinie zu ändern. Tomaten auf der Pizza sind eine Zutat, Pollen im Honig jedoch nicht. Zur Ausweisung von Sortenhonigen wie Raps- oder Heidehonig wird die Sortenreinheit unter anderem durch Bestimmung des Pollenspektrums nachgewiesen. Dies ist nur sinnvoll, weil Pollen ein natürlicher Bestandteil von Honig ist. Den Gegnern des Kommissionsvorschlags geht es nicht um den Honig. Es geht allein darum, der grünen Gentechnik durch ein Hintertürchen Steine in den Weg zu legen. Wer solche Winkelzüge braucht, um Gentechnik zu diskreditieren, hat keine Argumente. Die Änderung der Honigrichtlinie ist auch für Honige, die aus Entwicklungs- und*

- Schwellenländern über Fairtrade importiert werden, eine wertvolle Hilfe. Die Grünen tragen ihre ideologischen Grabenkämpfe auf dem Rücken der Imker in diesen Ländern aus.* (C)

*Das oft angeführte Argument, gv-Pflanzen schaden den Kleinbauern, ist ein hartnäckiger Irrglaube, der durch häufige Wiederholung nicht richtiger wird. In der letzten Ausgabe der Welt setzt sich die Autorin Pia Heinemann mit ebendiesem Vorurteil auseinander. Sie kommt zu dem Schluss, dass Bt-Baumwolle einen Beitrag zur Armutsbekämpfung in Indien leistet. Der Agrarökonom Professor Matin Qaim von der Universität Göttingen hatte beispielsweise untersucht, welche sozialen und finanziellen Folgen der Anbau von Bt-Baumwolle für indische Bauern hat. So stiegen zwischen 2002 und 2008 die Ernteerträge dieser Bauern um 24 Prozent. Bauern, die auf die neue Bt-Sorte umstiegen, hatten in der gleichen Zeit ein Einkommensplus von 50 Prozent, da sie weniger Insektizide einsetzen mussten, aber dennoch bessere Erträge hatten. Die Folge war eine Verbesserung ihrer Ernährungssituation.*

*Spektakulär war die öffentliche Entschuldigung von Mark Lynas, ehemaliger Gentechnikgegner aus Großbritannien, für seine frühere Beteiligung an Feldzerstörungen. Es wird wohl noch etwas dauern, bis Gentechnikgegner bei den Grünen und der SPD bereit sind, Sachargumente zur Kenntnis zu nehmen. An die Adresse der SPD gerichtet: Dadurch würden Sie am besten die Verbraucherinteressen wahren.*

- (D) *Es muss doch zu denken geben, wenn der Anarchist Jörg Bergstedt öffentlich darlegt, dass er seinen Protest gegen die Gentechnik jetzt ruhen lassen will zugunsten des Protests gegen die sogenannte Massentierhaltung oder das Fracking. Es zählt offensichtlich das „Dagegensein“. Wer solche anarchistischen Bewegungen unterstützt, wendet sich gegen die Menschen in unserem Land, gegen deren Wunsch nach Frieden und Wohlstand und einer guten Zukunft für ihre Kinder.*

*Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):*

*Die Linksfraktion lehnt gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere aus vielfältigen Gründen ab – bislang sind in der EU nur gentechnisch veränderte Pflanzen relevant. Sie gefährden beispielsweise die gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei. Durch Vermischungen oder durch Auskreuzungen kann es zu Verunreinigungen kommen. Sicher verhindert werden kann das nicht. Das zeigte sich erst jüngst wieder, als in den USA Gentechnik-Weizen auf einem Feld gefunden wurde, der nie eine Anbauzulassung hatte. Wer weiß, wie viele Weizenernten bereits völlig unbemerkt mit Gentech verunreinigt und verarbeitet wurden? Erinnerung sei an den Reis LL 601, der ebenfalls nie zugelassen wurde, aber dennoch seinen Weg vom Feld in Georgia/USA weltweit in die Supermarktregale gefunden hat. Weiterhin gefährdet die Agro-Gentechnik die Umwelt. Statt Pestizide einzusparen, vergrößert sich*

Dr. Kirsten Tackmann

(A) *zumindest mittelfristig der Bedarf, und wahre Gift-Cocktails werden verspritzt. Der Fehler liegt auch hier im System: Massiver Gentech-Anbau führt früher oder später zu resistenten Schädlingen und Unkräutern. Bei massiven Antibiotika-Anwendungen ist dieser Vorgang Grundwissen; bei Gentech-Pflanzen wird das oft ausgeblendet.*

*Im Fachjournal „Nature Biotechnology“ wurde kürzlich eine aufschlussreiche Studie veröffentlicht. Die Anzahl der Insektenarten, die man nicht mehr effektiv mit insektenresistenten Gentech-Pflanzen bekämpfen kann, hat sich innerhalb weniger Jahre vervielfacht. Studien besagen, dass in den USA, Indien und Südafrika über die Hälfte der Individuen einiger Insektenvölker bereits unempfindlich gegen das Gift sind. Statt auf diesem Irrweg umzukehren, wurde vor zwei Wochen auf EU-Ebene über den achtfach veränderten Gentech-Mais SmartStax verhandelt. Die Linksfraktion hält diese All-in-One-Waffe für viel zu riskant. Die Enthaltung der Bundesregierung bei der Abstimmung ist deshalb inakzeptabel: Sie hätte Nein sagen müssen.*

*Ein dritter Grund, warum wir gegen Gentech-Pflanzen sind, ist die Verteuerung der gentechnikfreien Lebensmittelproduktion. Von Gentech-Verunreinigungen sind auch die Lebensmittelverarbeitung und der Lebensmittelhandel betroffen. Dagegen müssen sie sich schützen – das kostet. Mehrkosten entstehen durch stark steigende Saatgutpreise sowie erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung drohender Resistenzen, zur Trennung der Ernte- und Verarbeitungstechnik, der Warenströme und durch notwendige Kontrolluntersuchungen.*

(B)

*Die Verunreinigung mit agrogentechnisch verändertem Material kann enorme wirtschaftliche Folgen haben. Im schlimmsten Fall können Landwirtinnen und Landwirte ihre Ernteprodukte und Imkerinnen und Imker ihren Honig nicht mehr verkaufen. Durch den Starlink-Skandal im Jahr 2000 fiel der Mais-Preis in den USA um sechs Prozent. Die Linksfraktion hat mehrfach kritisiert, dass Berechnungen zum Ausmaß der volkswirtschaftlichen Kosten der Agrogentechnik fehlen und gefordert, diese dringend zu erheben. (Bundestagsdrucksachen 16/7903 und 16/7441). Außerdem müssen endlich sozio-ökonomische Effekte und ethische Belange in das EU-Zulassungsverfahren für Gentech-Pflanzen verbindlich eingebunden werden.*

*Die SPD greift in ihrem Antrag diese Bedenken auf und stellt diskussionswürdige Lösungsvorschläge vor. Leider ist diese vorbildliche Konsequenz der SPD auf der Bundesebene noch nicht in allen Landesverbänden angekommen. Im rot-rot regierten Brandenburg wären wir mit vergleichbar gentechnikkritischem Denken unseres Koalitionspartners sehr viel weiter gekommen beim Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft und der Imkerei. Das wäre auch im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher.*

(C) *Die Linksfraktion unterstützt die meisten Forderungen aus dem SPD-Antrag. Es ist richtig, die Nulltoleranz bei Saatgut und Lebensmitteln beizubehalten. Meiner Meinung nach sollte sie auch bei Futtermitteln wieder eingeführt werden. Die Koexistenz zwischen Gentech- und gentechfreier Landwirtschaft ist ein Märchen. Das ist unterdessen auch vielfach bewiesen. Gerade deshalb dürfen wir Verunreinigungen auch nicht durch die Hintertür zulassen. Denn genau das passiert, wenn die Koalitionsfraktionen immer wieder an der Nulltoleranz im Saatgut und gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Pflanzen in Lebensmitteln sägen.*

*Die sozio-ökonomischen Auswirkungen müssen dringend im EU-Zulassungsverfahren verbindlich verankert werden. Das Zulassungsverfahren muss transparenter werden. Unabhängige Forscherinnen und Forscher müssen Zugang zu den Unterlagen erhalten, damit sie die Ergebnisse der Gentech-Konzerne überprüfen können. Ganz wichtig ist die Sicherung von Transparenz und Unabhängigkeit auch bei den Forschungsinstituten. Die aktuelle Bundestags-Petition „Behördenaufbau und -organisation – Stärkung der Unabhängigkeit der Forschungsinstitute“ vom 16. April 2013 zeigt eindrucksvoll, dass es hierbei dringenden Handlungsbedarf gibt.*

*Wichtig ist uns auch, dass die sogenannte Kennzeichnungslücke geschlossen wird. Das betrifft Lebensmittel wie Eier, Milch oder Fleisch, die von Tieren stammen, die zum Beispiel mit Gentech-Soja gefüttert wurden. Das Futtermittel wird gekennzeichnet – das damit gewonnene Lebensmittel nicht. Wie sollen sich so Verbraucherinnen und Verbraucher bewusst entscheiden können?*

(D)

*Dies ist die letzte Gentechnik-Debatte in dieser Wahlperiode, auch für die SPD. Ich hoffe, sie wird sich noch an diese vorzeigbaren Gentech-Forderungen erinnern, wenn sie nach der Wahl zusammen mit der CDU/CSU am Kabinettstisch sitzen sollte. Denn das einzige Kriterium der Wahrheit ist die Realität. Die Linke wird das weiter einfordern.*

*Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):*

*Die Agrogentechnik ist aktuell aus den Schlagzeilen weitgehend verschwunden, auch weil Gentechkonzerne wie Monsanto vorgeben, den europäischen Markt aufzugeben zu haben. Doch davon dürfen wir uns nicht täuschen lassen; denn Monsanto hält ausnahmslos alle seine EU-Zulassungsanträge für Gentechpflanzen aufrecht! Hinzu kommt die Gefahr, dass für das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA wichtige Verbraucherschutzregelungen auch im Bereich Gentechnik geopfert werden.*

*Ministerin Aigner hat auch bei diesem Thema versucht, sich als vermeintliche Verteidigerin der Verbraucherrechte zu inszenieren. Europa, so Ilse Aigner, werde seine „hohen Standards beim Verbraucherschutz für ein Freihandelsabkommen nicht zur Disposition stellen“. Und was sagt Aigners Chefin zu dieser*

Harald Ebner

(A) *Frage? Angela Merkel meint zwar in ihrem aktuellen Videopodcast, man wolle „jetzt nicht einfach Standards minimieren“. Letztlich werde man aber, so die Bundeskanzlerin, „zum Schluss Lösungen finden müssen, die von allen akzeptiert werden“. Damit räumt Merkel ein, dass sie gerade die weit entwickelten EU-Verbraucherschutzstandards zur Disposition stellt. Alle gegenteiligen Beschwörungen sind also nur Beruhigungspillen für die Öffentlichkeit, die mit der Realität solcher Verhandlungen nichts zu tun haben.*

*Zwischen der Rhetorik von Ilse Aigner und der tatsächlichen Gentechnikpolitik von Schwarz-Gelb klafft schon seit vier Jahren ein tiefer Glaubwürdigkeitsgraben! Union und FDP spielen dabei ein falsches Doppelspiel mit verteilten Rollen. Während Aigner und ihre bayerischen Parteifreunde sich öffentlich als Gentechnikkritiker gebärden, sind viele Bundestagsabgeordnete der CDU, CSU und FDP nach wie vor überzeugte Fans der Agrogentechnik. Während der bayerische Landwirtschaftsminister Brunner laut für Sojaanbau ohne Gentechnik wirbt, ist im Bundeshaushalt 2013 kein einziger Cent für die Förderung des Eiweißpflanzenanbaus in Deutschland eingestellt. Die Markteinführung von Aigners Siegel „Ohne Gentechnik“ wird nur stiefmütterlich mit einem winzigen Bruchteil der Mittel gefördert, die einst für die Bekanntmachung des Biosiegels geflossen sind.*

(B) *Während die Bundeslandwirtschaftsministerin spät ihre Liebe zur Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen Gentechpflanzen entdeckt hat, fordern einige Koalitionsvertreter, insbesondere aus der FDP, weiterhin unverdrossen die Schleifung dieses Prinzips, sogar beim Saatgut! Und in Brüssel winken Aigners Vertreter neue Importzulassungen von Gentechpflanzen ohne Ausnahme durch! Nicht einmal gegen den besonders risikobehafteten Genmais SmartStax, der gegen zwei Herbizide resistent ist und der sechs verschiedene Insektengifte produziert, hat sich Deutschland gewehrt. Ein Nein zur Gentechnik? Fehlanzeige!*

*Nach wie vor fördert Schwarz-Gelb mit Millionen-summen Forschungsprojekte zur Nutzung der Agrogentechnik. Dabei belegen immer mehr Studien, dass Gentechpflanzen statt zu höheren Erträgen nur zu mehr Pestizideinsatz und wachsender Abhängigkeit der Landwirtschaft von wenigen Konzernen führen. Handfeste Erfolge hat hingegen die moderne konventionelle Züchtung vorzuweisen. Schwarz-Gelb verschwendet also knappe Forschungsmittel für eine Dinosauriertechnologie! Bei diesem Punkt fehlt dem vorliegenden Antrag leider die nötige Konsequenz; denn es reicht eben nicht, nur „in gleichem Maße auch nichtgentechnische Ansätze“ zu fördern. Grünes Ziel ist die effektive Verwendung von Forschungsmitteln für leistungsfähige Technologien; daher fordern wir die komplette Streichung öffentlicher Forschungsförderung zur Entwicklung von Gentechpflanzen. Das hat aber nichts mit einem Forschungsverbot oder gar mit „Bücherverbrennung“ zu tun, wie es Kollege Lehmer in einer inakzeptablen Entgleisung genannt hat.*

(C) *Die zahlreichen konkreten Hinweise auf verbreitete Interessenkonflikte bei der EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA und dem Bundesamt für Risikobewertung, BfR, sind der Regierung Merkel völlig egal! Dabei ist ein unabhängiger und kritischer Blick auf die Risiken der Agrogentechnik nötiger denn je: Ganz aktuell hat eine australisch-amerikanische Fütterungsstudie mit Gentechmais und Gentechsoja an Schweinen neue ernstzunehmende Hinweise auf Gesundheitsschäden erbracht.*

*Die Bundesregierung findet dennoch nichts dabei, dass sie Aufträge zur Gestaltung von den Internetseiten biotechnikum.eu und biosicherheit.de an Agenturen vergeben hat, die enge Kontakte zur Gentechlobby pflegen. Kein Wunder, dass auf diesen Portalen, die sich besonders an Schülerinnen und Schüler richten, wesentliche Risiken und negative Folgen der Agrogentechnik entweder gar nicht vorkommen oder kleingere-det werden.*

*Nicht nur Gentechpflanzen selbst bergen Risiken. So weisen viele Studien auf Gefährdungen von Mensch und Umwelt durch das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat hin, das vor allem beim Anbau von Gentechpflanzen zum Einsatz kommt. Doch auch hier haben Aigner, Merkel und Co ihre Ohren auf Durchzug gestellt. Für Vertreter von Schwarz-Gelb ist es normal und kein Problem, dass im Urin einer Mehrheit unserer Bevölkerung Rückstände des Herbizids Glyphosat nachweisbar sind, wie eine in der letzten Woche veröffentlichte BUND-Studie ergeben hat.*

(D) *Angesichts so viel Ignoranz gegenüber Risiken und Klientelpolitik zum Nutzen der Gentechlobby verwundert es nicht, dass diese Bundesregierung viele über-fällige Hausaufgaben zum Schutz der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft nicht erledigt hat. Der SPD-Antrag enthält dazu eine lange Liste von Forderungen, die wir weitestgehend teilen. Daher stimmen wir dem Antrag trotz kleinerer Schwächen zu.*

*Schwarz-Gelb hat weder für die bessere rechtliche Absicherung der gentechnikfreien Regionen noch für die Verankerung des Schutzes der Imkerei vor gentechnischen Verunreinigungen im Gentechnikgesetz irgendetwas geleistet. Ganz im Gegenteil: Die Bundesregierung unterstützt die EU-Kommission sogar dabei, das sogenannte „Honig-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofes von 2011 über eine Änderung der Honigrichtlinie auszuhebeln. Damit würden die Verbraucherinnen und Verbraucher ihrer Rechte auf Wahlfreiheit und Transparenz beraubt, weil so selbst Honige, die weit überwiegend Pollen von Gentechpflanzen enthalten, nicht als Genfood gekennzeichnet werden müssen. Das ist Verbrauchertäuschung pur!*

*Selbst von den Vorhaben des eigenen Koalitionsvertrages hat Schwarz-Gelb nichts umgesetzt. Die Bundesländer warten immer noch auf die Ermächtigung, selbst größere Abstände zu Gentechfeldern vorgeben zu dürfen. Auch die großspurig angestrebte „umfassende Verbrauchertransparenz“ durch die Einführung*

Harald Ebner

- (A) *einer Prozesskennzeichnung für Lebensmittel ist ein Papiertiger: Noch immer gibt es keine Kennzeichnungspflicht für tierische Produkte, die mit Gentech-futtermitteln erzeugt wurden.*

*Fazit: Beim Thema Gentechnik hat die Regierung Merkel nichts Positives bewirkt. Da ist es bezeichnend, wenn das Einzige, was im neuen Wahlprogramm der Unionsparteien zum Thema Gentechnik steht, die vage Forderung nach einer Art Prozesskennzeichnung ist. Was schon im letzten Koalitionsvertrag versprochen war und von Schwarz-Gelb noch nicht einmal ansatzweise vorangetrieben wurde, wird jetzt wieder aufgewärmt!*

*Beim Thema Gentechnik gilt für die Union offensichtlich: Wer nichts Wesentliches verspricht, weckt keine Erwartungen und muss daher auch nichts halten. So gesehen ist das Merkel'sche Wahlprogramm an dieser Stelle – allerdings auch nur an dieser – unfreiwillig ehrlich. Diese Ehrlichkeit hätte der Union auch in Sachen Finanzierbarkeit ihrer Wahlgeschenke gut zu Gesicht gestanden.*

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Wir kommen zur Abstimmung. Der zuständige Ausschuss empfiehlt auf Drucksache 17/7559, den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/6479 abzulehnen. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Regierungsfractionen haben zugestimmt, die Oppositionsfractionen abgelehnt.

- (B) Tagesordnungspunkt 41:

Beratung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die deutsch-koreanischen Beziehungen dynamisch fortentwickeln

– Drucksache 17/14110 –

Wie in der Tagesordnung ausgewiesen, sind die Reden zu Protokoll genommen.

*Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):*

*Gute Beziehungen zu anderen Nationen zu pflegen, ist seit Jahrzehnten ein Markenkern deutscher Außenpolitik. Etwas ganz besonderes ist es, wenn diese Beziehungen bereits seit 130 Jahren andauern, so wie zwischen Deutschland und Korea.*

*Mit der Unterzeichnung des deutsch-koreanischen Handels-, Schifffahrts- und Freundschaftsvertrages am 26. November 1883 begannen die offiziellen Beziehungen zwischen beiden Ländern und sind seither über rein wirtschaftliche Verbindungen hinausgewachsen. Viele Koreaner haben mittlerweile in Deutschland eine Heimat gefunden, so wie viele Deutsche den Schritt gewagt haben, sich ein neues Leben in Korea aufzubauen. Sie alle sind ein wichtiger Teil unserer gegenseitigen Beziehungen. Gute bilaterale Beziehungen leben eben nicht nur von Kontakten auf politischer Ebene, sie leben vor allem von den Begegnungen aller*

*Mitglieder unserer Gesellschaft. Von diesen Begegnungen lebt jede Partnerschaft.* (C)

*Nichts geht über den direkten Kontakt und die persönliche Anschauung, um etwas über andere Länder und Menschen zu erfahren und sich ein stimmiges Bild über die dortigen Lebensbedingungen zu machen. Nur wenn man sich für andere interessiert und sich auf ihre Sicht der Dinge einlässt, kann man sie auch verstehen und schätzen.*

*Wir begehen in diesem Jahr allerdings nicht nur 130 Jahre bilateraler Beziehungen, sondern auch den 50. Jahrestag des deutsch-koreanischen Abkommens über die Anwerbung koreanischer Bergleute. Auf dessen Grundlage und mit einer späteren Vereinbarung über die Entsendung von koreanischen Krankenschwestern kamen bis 1977 10 000 Krankenschwestern und Schwesternhelferinnen sowie 8 000 Bergleute aus der Republik Korea in die Bundesrepublik Deutschland und haben maßgeblich am Aufbau und wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes mitgewirkt. Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.*

*Mit unserem heutigen Antrag wollen wir fortsetzen, was vor 130 Jahren begonnen hat. Den 130. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Korea nehmen wir zum Anlass, die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu beiden koreanischen Staaten auch in der Zukunft weiter auszugestalten und dynamisch fortzuentwickeln.*

*Dabei gilt es insbesondere, die politische Annäherung zwischen der Republik Korea und der Demokratischen Volksrepublik Korea mit dem Ziel einer Wiedervereinigung nach Kräften zu unterstützen und sich für eine demokratische Entwicklung im nördlichen Teilstaat einzusetzen, sich für eine Wiederaufnahme des multilateralen Forums der Sechs-Parteien-Gespräche, mit Beteiligung der beiden koreanischen Staaten, der Volksrepublik China, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Russischen Föderation und Japan, einzusetzen, auf Grundlage der Empfehlungen des jährlich stattfindenden Deutsch-Koreanischen Forums die politischen, wirtschaftlich-technologischen und kulturellen Beziehungen weiter auszubauen, die Regierung der Republik Korea darin zu unterstützen, durch Dialog und humanitäre Gesten die Entspannung auf der koreanischen Halbinsel zu fördern und den Austausch von Schülern, Studenten, Auszubildenden und jungen Berufstätigen aus beiden Ländern dadurch zu intensivieren, dass mit der Regierung der Republik Korea konkrete Maßnahmen vereinbart werden, die den Austausch zwischen der jungen Generation beider Länder quantitativ und qualitativ voranbringen.* (D)

*Insbesondere der letzte Punkt sollte im Mittelpunkt der künftigen Beziehungen unserer Länder stehen. Die Jugend aus Deutschland und Korea muss sich kennenlernen, um die deutsch-koreanischen Beziehungen auch weiterhin auf ein solides Fundament zu stellen und dynamisch weiterzuentwickeln. Nur dann ist si-*